

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ke 16.—
vierstährlich 48.—
halbjährig 26.—
ganzjährig 102.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Oesterreich kündigt Handels- verträge mit Ungarn und Jugoslawien.

Wien, 31. März. (N.N.) Sowohl der Handelsvertrag mit Jugoslawien wie der mit Ungarn sind heute durch die österreichischen Gesandten in Belgrad und Budapest dreimonatig für den 1. Juli l. J. gekündigt worden. Diese Maßnahme ist bekanntlich schon im Vorjahre in Aussicht genommen und bei den zwischen den beteiligten Regierungen über einen neuen Handelsvertrag geführten Verhandlungen wiederholt besprochen worden. Sie wird österreichischerseits mit dem Beifügen notifiziert werden, daß die österreichische Bundesregierung von den im Zuge befindlichen neuen Verhandlungen unverzüglich das Zustandekommen einer Neuregelung innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit erwartet.

Auch die Tschechoslowakei kommt dran?

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, wird auch die Kündigung des Handelsvertrages mit der Tschechoslowakei zum 15. April mit Wirksamkeit ab 15. Juli d. J. in Erwägung gezogen. Zur Kündigung drängt die österreichische Landwirtschaft, der an der Außerkräftigung der Bindung des Wertespielles noch vor der Einbringung der heutigen Ernte gelegen ist.

Der Handelsvertrag mit Jugoslawien.

Wie wir bereits berichtet haben, ist der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien unterzeichnet worden. Nach den Mitteilungen des Ministerialrates Friedmann, des führenden Unterhändlers auf tschechoslowakischer Seite ist der Inhalt des Vertrages folgender:

Zugeständnisse der Tschechoslowakei.

Die Tschechoslowakei gewährte Südslawien sowohl eine Ermäßigung als auch die Bindung der autonomen Zollsätze bezw. der Vertragszölle u. a. für folgende Waren: Trauben verschiedener Art, frisches Obst (Äpfel, Birnen, Quitten, Zwetschen) sowie für Dorrobst (Äpfel, Birnen, Zwetschen und Zwetschenmispeln), verarbeiteter Art von frischem Gemüse (Fenchel, Paradeiser, Melonen), für Industriepflanzen, namentlich Hopfen und Medizinalkräuter, Rindvieh, schwere Schweine, Pferde, lebend und geschlachtet, Geflügel, Süßwasser- und Meerfische (lebend und bearbeitet), Parme und Blasen, südslawische Weine, gebrannte Spirituosen, Käse, Wurst und verschiedene Holzextrakte, einige Lederarten (Ferrozilium) Metropolen und Kalkschlacke.

Was Jugoslawien gewährte.

Demgegenüber gewährte Südslawien der Tschechoslowakei ähnliche Zugeständnisse durch eine direkte Zollregelung (Zollsenkung bezw. Bindung der autonomen oder der Vertragszölle) und durch eine günstige Einreihung gegebenenfalls durch eine Regelung der Erläuterungen. Es handelt sich um folgende Waren: Saure Gurken, Bier, einige Arten von Zwergarnen, Baumwolle, Flachs und Wollwebstoffe, Zäde, Teppiche, Mägen, Decken, holzbeidene Fußbodenbeläge, Feze, einige Lederarten, einige Holz-erzeugnisse, Ziegeln aus Dinas, einige Waren aus Porzellan und anderen keramischen Material, für einige Glaswaren und Eisengefäße, einige Galanterieerzeugnisse, Musikinstrumente und außerdem wurde der Schutz der Zeichnung Bismarck Bier erwirkt.

Bis der Vertrag im Wortlaut vorliegt wird, wird darüber mehr zu sagen sein.

Hitler baut ab.

Die Berliner Ausgabe des in München erscheinenden „Völkischen Beobachter“ wird ab 1. April eingestellt. Das Plakat des Naziblattes ist charakteristisch für den Niedergang der nationalsozialistischen Presse und der nationalsozialistischen Bewegung überhaupt. So hatte der „Völkische Beobachter“ kurz vor dem 14. September 1930 allein in Berlin einen Straßenverkauf von rund 8000 Exemplaren. Die Ziffer stieg nach den ersten beiden Wochen nach dem 14. September auf über 11.000 Exemplare. In der Folgezeit ging der Verkauf fast eben so rapide zurück wie er in die Höhe gegangen war. So schnell die Straßenverkäufer des „Völkischen Beobachters“ an allen Ecken erschienen waren, so schnell verschwanden sie wieder. Dieser Niedergang ist zu verdeutlichen, ohne daß es dem in Berlin erscheinenden Goebbels-Blatt viel besser ginge als dem „Völkischen Beobachter“.

Maßvolle Antwort des Reichsaußenministers. Kein Einwand gegen die Anrufung des Völkerbundesrates.

Berlin, 31. März. (Eigenbericht.) Die Rede des Reichsaußenministers Curtius vor dem Reichsrat, mit der er heute die Angriffe der Außenminister Frankreichs, Englands und der Tschechoslowakei auf das deutsch-österreichische Zollabkommen beantwortete, bewährte sich im allgemeinen, die Situation nicht noch weiter zu verschlechtern. Nur an einer Stelle wurde Curtius etwas schärfer, als er davon sprach, man solle Oesterreich nicht zu einem Staat zweiter Klasse herabwürdigen. Im übrigen suchte er nachzuweisen, daß die Abmachungen zwischen Deutschland und Oesterreich sich in den Bahnen der gesamteuropäischen Zusammenarbeit bewegen. Was nütze, sei die Vereinigung zu größeren Wirtschaftsgebieten, die Schaffung größerer und widerstandsfähiger Binnenmärkte. Das Ziel sei nicht der Abschluß solcher größerer Binnenmärkte nach außen. Curtius wies daraufhin, daß in Südeuropa, in Skandinavien, auf dem Balkan und in Nordwesteuropa ähnliche Bestrebungen im Gange seien, und daß auch die belgisch-luxemburgische Zollunion nicht zu einer Vereinigung der beiden Länder geführt habe.

Deutschland und Oesterreich seien sich von vornherein darüber klar gewesen, daß auch der bloße Aufsehn ein Verletzung der Unabhängigkeit Oesterreichs unter allen Umständen vermeiden werden müsse. Daher soll ein Vertragsverhältnis geschaffen werden, in das beide Staaten als völlig gleichberechtigte Partner eintreten, das keinerlei staatsrechtliche Verschmelzungen, keinerlei staatsrechtliche Organe enthält, das die völkerrechtliche Handlungsfähigkeit unberührt lasse und das endlich unter Ein-

digungsbedingungen stehe, wie sie für jeden gewöhnlichen Handelsvertrag passen würden.

Es sei nichts dagegen einzutenden, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Ratsitzung im Mai gesetzt werde. Es sei aber falsch, die rein wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Deutschland und Oesterreich als eine Gefährdung des Friedens zu bezeichnen.

Sie könne auch nicht als ein Hemmnis für die Abrüstungskonferenz des nächsten Jahres bezeichnet werden.

Curtius verwahrte sich schließlich noch gegen den Vorwurf, daß Deutschland und Oesterreich durch ein zuerst geheim gehaltenes und dann sensationelles Manöver eine ganze Welt gegen sich in die Schranken geordnet hätten. Die beiden Regierungen hätten sofort, als zwischen ihnen eine gemeinsame Auffassung zustande gekommen wäre, die anderen Länder von ihren Absichten unterrichtet.

Neue Demarche in der Zollfrage?

Paris, 31. März. „Paris Midi“ will erfahren haben, daß eine neue Demarche in der Frage des österreichisch-deutschen Zollabkommens in Berlin und Wien unmittelbar bevorstehe. Man wisse noch nicht, ob diese Demarche gemeinsam durchgeführt oder ob die verschiedenen Mächte sie einzeln vornehmen würden. Positiv fest stehe jedoch für den Augenblick, daß eine Einigung unter den Mächten im Hinblick auf diese Demarche vorhanden sei.

Erdbebenkatastrophe in Nicaragua.

Die Hauptstadt zerstört. — Hunderte von Toten?

Panama, 31. März. Die Tropical Radio Co. meldet, daß die Stadt Managua durch ein Erdbeben zerstört ist. Dierzig Personen kamen ums Leben.

Das Erdbeben, das um 10 Uhr 02 vormittag einsetzte und den größten Teil der Stadt in Trümmer legte, war nur von kurzer Dauer. In der Markthalle brach ein Brand aus, der sich sehr schnell ausbreitete und die noch stehenden Gebäude im westlichen Teil der Stadt in Asche zu legen droht.

Miami (Florida), 31. März. Der hiesige Beamte der Tropical Radio Company berichtet, daß nach einem von ihm aufgefundenen Hinweis die Zahl der bei dem Erdbeben in Managua umgekommenen Personen 400 bis 500 betrage.

New York, 31. März. Nach einem direkten Hinweis der Associated Press aus Managua ist das Ausmaß der durch das Erdbeben verursachten Katastrophe noch nicht zu übersehen, da die dichtesten Rauchschwaden, die über der Stadt hängen, es unmöglich machen, einen Überblick zu gewinnen. Auch die Zahl der Toten und Verletzten läßt sich nicht annähernd schätzen. Die in der Mitte der Stadt gelegene Markthalle, in der, wie gemeldet, kurz nach dem Erdstöß Feuer ausbrach und die von Frauen und Kindern überfüllt war, stürzte infolge des Brandes zum Teil ein, wobei 35 Personen unter den Trümmern begraben wurden und verbrannten. Auch auf den Straßen liegen zahlreiche Tote und Verletzte.

Die Brandstifter im Schwedenkino vor Gericht.

Wien, 31. März. (Eigenbericht.) Vor einem Wiener Schöffengericht hatten sich heute vier Heimwehrleute zu verantworten, die während der Demonstrationen gegen den Remarque-Film im Schwedenkino einen Brand zu legen versucht hatten. Es hatten sich damals in der Nacht zwei Leute durch das Fenster eingeschlichen und hatten im Vorführungsraum und in einer Loge Hartspiritus in Brand gesteckt, allerdings ohne viel Schaden anzurichten. Außer den Tätern wurden noch zwei weitere Leute, darunter ein Wehrmann, verhaftet. Die Angeklagten verantworteten sich dahin, sie hätten keinen Brand legen, sondern nur die Anwohner warnen und dadurch zwingen wollen, den Film vom Spielplan abzulassen. Der Wehrmann, ein Jungführer, bekannte sich als Urheber des Planes. Er erklärte, er habe den Film allerdings nicht gesehen, aber von der Lesart des Buches sei er empört gewesen.

Die Angeklagten wurden vom Verbrechen der Brandstiftung freigesprochen, aber wegen Verbrechens der Erpressung und der boshafsten Sachbeschädigung verurteilt, und zwar zwei, unter ihnen der Wehrmann, zu je drei Monaten strengen Arrest, die beiden anderen zu je einem Monat strengen Arrest bedingt.

Die in Managua stationierten amerikanischen Marinesoldaten tun ihr Möglichstes, um die Verletzten zu retten. Der Erdstoß dauerte im ganzen nur vier bis sechs Sekunden, war jedoch von solcher Heftigkeit, daß er fast alle Gebäude der Stadt in Trümmer legte.

Die Straßen sind mit Müllschlingeln angefüllt, die, von einer Panik ergriffen, aus der brennenden Stadt zu flüchten suchen. Infolge der Trümmermassen sind die Straßen jedoch kaum passierbar. In der ganzen Stadt ist kein einziges Gebäude unbeschädigt geblieben. Das Feuer breitet sich noch immer weiter aus.

Legalität — Hitlers neuester Schwarm.

Berlin, 31. März. (Eigenbericht.) Reichspräsident Lohs wird den von den Kommunisten gestellten Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Stellungnahme zu den Notverordnungen dahin beantworten, daß er nach Erfern den Reichsrat zur Entscheidung über diese Frage zusammenberufen wird. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen haben zwar vor Reichstag die Aufhebung der Notverordnung verlangt, bisher aber noch nichts getan, um die Einberufung des Reichstages herbeizuführen.

Nur Herr Hitler hat einen Befehl erlassen, wonach die nationalsozialistischen Organisationen und vor allem die Sturmabteilungen sich streng im Rahmen der Notverordnung halten sollen. Er will damit offenbar die „Legalität“ der nationalsozialistischen Bewegung besonders hervorheben. In Wirklichkeit ist zuerst von den Parteiführern die maßlose Verrohung des politischen Lebens herbeigeführt worden und ihre ganze Arbeit ist darauf eingestellt, die Verfassung der Republik auf jede nur denkbare Weise zu stürzen.

Christlichsoziale Sozialpolitik.

Zeit ihrer Hinausleitung aus der Regierung, durch die sie der Anteilnahme an dem „großen Umbau“ verlustig wurden, versuchen unsere Christlichsozialen ihre während ihrer Regierungstätigkeit durch eigene Schuld in die Grube gegangene Reputation durch scharfe Opposition wieder in Stand zu setzen. Für eigenes Verlagen in der Regierung hindert sie nicht daran, jede Maßnahme der jetzigen Koalition von vornherein schlecht, jeden Erfolg, der von den sozialistischen Parteien in hartem Ringen gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien erkämpft wird, unzulänglich zu finden und jede Verlegenheit, die sich naturgemäß aus der in der Koalition gegebenen Tatsache der Vereinigung einander gegensätzlicher Kräfte zeitweilig ergeben muß, freudig zu bejubeln. Mit Würde und Takt, ja auch mit der einfachsten Besorgnis, nicht der Väterlichkeit zu verfallen, hat dieses Vorgehen blutwenig zu tun. In ihrem Eifer, sich in kleinlicher und gehässiger Weise für ihren Ein- auswurf zu rächen, scheuen die deutschen Christlichsozialen nicht davor zurück, sich in die allergrößte Nähe der kommunistischen und hakenkreuzlerischen Opposition zu begeben, und sie verschmähen nicht einmal, sich ihrer Kampfmethoden zu bedienen, die sie in ihrer Hypochondrie für besonders jugkräftig halten. So ist also der Partei der Herren Raab-Barting und Hilgenreiner, die einstmals dem Herrn Wronskow-Strauß bei der Untergrabung der Sozialversicherung herzhafte Sondiangendienste leistete, alles was die Sozialisten gegenwärtig an sozialpolitischer Fürsorge durchsetzen, zu wenig, wofür sie in nobler Weise nicht die widerstrebenden bürgerlichen Parteien, sondern die sozialistischen Parteien verantwortlich machen möchten. Ganz nach bolschewistisch-hakenkreuzlerischer Art.

Die jetzt so ausgiebig mit der reichlich verspätet erwarteten Fürsorge der Christlichsozialen bedachten Arbeiter brauchen sich aber nur, soweit sie etwa noch nicht aus der Vergangenheit dieser Partei die entsprechenden Lehren gezogen haben sollten, die Tätigkeit dieser Sorte von Freunden dort näher zu befehlen, wo sie nicht wie bei uns — ach, leider! — „Opposition“ mimen müssen, sondern an der Staatsmacht sind, um den Wert und die Verlässlichkeit der christlichsozialen Sozialpolitik abzuschätzen. Sie machen es dort nicht anders, als die deutschen Christlichsozialen taten, solange ihnen in der Regierung Gelegenheit geboten war, das Gegenteil zu tun, von welcher Gelegenheit sie aber nicht den geringsten Gebrauch machten, sich vielmehr ausschließlich als Feinde der Arbeiterklasse und als willige Werkzeuge aller Unternehmerrwünsche betätigten. Und wessen sie sich wieder befehlen würden, öffnete sich ein Türchen, um sich in die so schmerzlich vermögten Regierungshöhlen hineinschlüpfen zu lassen.

Wie die Christlichsozialen wirklich über die Notwendigkeit sozialpolitischer Maßnahmen denken, beweisen sie soeben in Oesterreich, wo die Regierung Ender durch den Minister für soziale Verwaltung den Vorentwurf einer Regierungsvorlage ausgearbeitet hat, die von ihr „Reform der Sozialversicherung“ benannt wird, die aber in Wahrheit auf nichts geringeres abzielt, als auf den Abbau und die Zertrümmerung aller sozialen Rechte der Arbeiter und Angefallenen. Was da Reform genannt wird, trägt den Stempel unerhörtester Brutalität.

Es gibt kein einziges Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung, auf dem die Christlichsozial-großdeutsche Regierung nicht weitgehende Verschlechterungen, ganz im Sinne des borniertesten Teiles der Unternehmerrschafft, in Vorschlag bringen würde. Vor allem: soll die Ueberwinden-Entlohnung von 50 auf 25 Prozent Ausschlag herabgesetzt werden. Was das bedeutet, ist klar: in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit soll es den Unternehmern erleichtert werden, Ueberstunden machen

zu lassen und damit wird ihnen auf Kosten der geschundenen Arbeiter ein schönes Geschenk gemacht. Ueberstundenforderungen verfahren gegenwärtig nach drei Jahren; nun soll Verjährung schon nach drei Monaten eintreten! Weiters soll das Arbeiter- und Angestelltenrecht durch Abschaffung des Paragraphen 1154b des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches verschlechtert werden. Bisher behielt jeder Dienstnehmer, der durch Unglücksfall oder Krankheit arbeitsunfähig geworden war, das Anrecht eine Woche lang, in Zukunft soll er den Anspruch auf Weiterzahlung des Lohnes sofort verlieren. Ferner soll die bisher geleistete Abfertigung der Angestellten auf die Hälfte herabgesetzt werden und in den ersten fünf Dienstjahren soll überhaupt kein Anspruch auf Abfertigung bestehen. Das ist das dritte Geschenk an die Unternehmer und gleichzeitig soll ihnen die Möglichkeit der Entlassung in erhöhtem Maße geschaffen werden. Das ist aber den christlich-deutschen Herren in der Regierung noch nicht genug. Sie wollen auch die Kranken, die Unfall- und die Angestelltenversicherung in sehr erheblicher Weise verschlechtern, nach dem christlich-sozialen Grundriss: Fürsorge für den Proleten ist ein überflüssiger Luxus, in erster Reihe muß auf die Unternehmer Bedacht genommen werden! Das Schlimmste aber ist auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung geplant! Hier wird mit schamloser Offenheit der Grundsatz vertreten, daß an den Arbeitslosen, den armen Opfern der Wirtschaftskrise, Ersparnisse erzielt werden sollen und diese Ersparnisse, den notleidenden Erwerbslosen abgepreßt, sollen nicht geringe sein: rund vierzig bis fünfzig Millionen Schilling, das sind zweihundert bis zweihundertfünfzig Millionen Köpfe will die Regierung bei der Arbeitslosenversicherung herbeibringen, indem sie den Jugendlichen vollständig die Arbeitslosenunterstützung zu entziehen gedenkt, so auch allen Bauarbeitern und allen Arbeitern, die auf dem flachen Lande bei Straßenbauten, Wasserbauten, Kanallegungen beschäftigt sind. Die anderen Saisonarbeiter sollen teilweise um die Arbeitslosenunterstützung gebracht werden, für die übrige Arbeiterschaft soll die Erwerbungen gebunden, die Unterstützungsdauer verkürzt, die Fristen für die Anwartschaft verlängert werden. Es geht hier um ein Attentat auf hunderttausende Arbeitslose, die durch den christlich-sozialen-großdeutschen Entwurf in ihrem nackten Leben bedroht erschauern!

Des Beifalls der Unternehmer kann dieser Schand-Entwurf sicher sein, allerdings halten sie es vorläufig für klüger, in der Öffentlichkeit gegen ihn „nachdrücklich Einspruch zu erheben“, angeblich wegen der mit der Aktivierung der Altersversorgung verbundenen „neuen Belastung“, die für sie untragbar sei. Diese endliche Inkraftsetzung der Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung soll nämlich die Arbeiter über den sozialreaktionären Charakter der Regierungsvorlage hinwegtäuschen und die Unternehmer „protestieren“, um die Regierung bei diesem höchst unüblichen Tun zu unterstützen. Beiden wird es nicht gelingen, die Arbeiter-

schaft darüber zu täuschen, was hier geplant wird, denn der Entwurf bedeutet in seiner Gesamtheit gegenüber dem Arbeiterversicherungs-gesetz vom Jahre 1927 nur eine Verschlechterung und die Vorteile, die er gewährt, sind so geringfügig, daß durch sie die Preisgabe der anderen sozialpolitischen Erwerbungen nicht im entferntesten gerechtfertigt erscheint.

Die österreichische Arbeiterschaft ist entschlossen, gegen den christlich-großdeutschen Schwindel, der als sozialpolitischer Fortschritt zu drapieren gesucht wird, den entschiedenen

Der kurzfristige Chauvinismus der tschechischen Bourgeoisie.

Den Kommentaren, welche die tschechisch-nationale Presse der Zollunion Deutschland-Oesterreich gab und noch gibt, ist gemeinsam das Merkmal einer haarsträubenden Borniertheit, einer gefährlichen politischen Kurzsichtigkeit, die nicht einmal erkennt, was sie selbst dem Publikum vor Augen demonstriert.

Da bringt zum Beispiel die „Rárodní Politika“ auf der ersten Seite eine Kartenskizze, aus der man die Gefahren des Anschlusses ersieht.

Das Schlachtfeld des unblutigen Krieges heißt es da, und im Text unter dem Bilde: Wie unsere Republik nach dem „Anschluß“ vom deutschen Gebiet umklammert und vollends abgegeschlossen wäre, wenn diese Grenzen durch die magnatischen verlängert würden.

Man sieht schraffiert das Gebiet von Rámecko und Rakousko, das die Tschechoslowakei zwischen Oderberg und Přeburg umklammert; als Forts dieses Festungsringes um das arme, umklammerte Land sind Bratislava (Breslau), Dražďany (Dresden), Lipsko (Leipzig), Mníchov (München) und Bideš eingezeichnet. Madarsko ist weniger dicht schraffiert, doch erkennt man die „Gefahr“, die uns droht. Abgesehen davon, daß sich für Ungarn ein noch weit unerquicklicheres Bild ergibt, wenn man einmal die Staaten der Kleinen Entente schraffiert, um das eingekreiste Ungarn zeichne, dem es die Tschechen sehr übel nehmen, daß es sich in diesem Ring nicht wohl fühlt, abgesehen von dem zweierlei Maß, das die eigene Bequemlichkeit zum alleinigen Maß für die Nachbarn macht, was lehrt denn die Karte der „Politika“?

Die Siedlungsgebiete des tschechischen Volkes sind und war seit vielen Jahrhunderten, nun einmal von deutschem Gebiet umgeben. Wollte die „Politika“ so freundlich sein und in ihre Karte auch noch das „verdeutschte“ Gebiet der Tschechoslowakei eintragen, so wäre das Bild weit anschaulicher. Nur ein schmaler „Hals“ verbindet das tschechische mit dem slowakischen Gebiet, nirgends, außer im Karwiner Bezirk, grenzen die Tschechen sonst an einen anderen Nachbarn als an Deutsche. Die Lehre, die sie daraus ziehen müßten, und die in der neueren politischen Literatur der Tschechen der einzige Modestück gezogen hat, ist die, daß die Tschechoslowakei sich mit diesen Nachbarn auf freundschaftlichen Fuß stellen muß, daß kein Bündnis auf die Dauer so sicher schließt wie die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland. Die böhmische Geschichte lehrt, daß die Tschechen immer dann, wenn sie sich mit Deutschland aufstellten, sich dem mitteleuropäischen Wirtschafts- und Staatenstern irgendwie einordnen, ohne Aufsehung ihre Eigenstaatlichkeit entfallen konnten. Wiederum, wenn sie verachteten, gegen Nord und West und Süd offen zu werden, und

Stampf zu führen, denn sie weiß, daß es bei der beabsichtigten Zerstörung ihrer sozialen Rechte um das Schicksal jedes Einzelnen geht. Sie wird sich gegen dieses Attentat verzweifelt zu wehren wissen, die Arbeiterschaft bei uns aber wird nicht vergessen, daß dieses nichtswürdige Attentat gerade von jenen ausgeht, deren Gefinnungsgenossen hierzulande soziale Befinnung heucheln und mit dem Schafspelz umhangen, die Arbeiter für ihre unsozialen und reaktionären Herrschaftsgelüste einspannen möchten!

sch auf entfernte Freunde verliehen (1620 war es der englische Schwiegervater des Winterkönigs, von dem man Hilfe erwartete), ging es schief. Was die „Politika“ im Bilde zeigt, ist eben eine geographisch-ethnographische Fatale, der man mit Verböten und Drohungen nicht beikommt. Anderen Völkern geht es nicht besser. Seit Jahrhunderten ist das deutsche Volk zwischen dem slawischen Osten und dem französischen Westen eingeklemmt, in der unbehaglichen Mittellage, in der nur eine vorsichtige und kompromißbereite Politik, wie die Bismarcks es war, die „Einkreisung“ verhindern kann. Als Deutschland die Gefahren der Mittellage mißachtete und sich eine draußgängereiche Politik leistete, geriet es 1914 in die eiserne Umklammerung seiner Nachbarn.

Daß es den Tschechen unerquicklich ist, in eine deutsche Großmacht eingebettet zu sein, glauben wir schon. Am es zu verhindern, hätte es aber nur das eine Mittel gegeben, das Palacký 1848 ergriff: die Bejahung Oesterreichs. Palacký fürchtete die großdeutsche Republik, also warf er sich den Oabsburgern in die Arme. Auf dem Boden Oesterreichs, selbst eines Rumpfoesterreichs, das nur Tschechen, Slowaken, Magyaren und Alpen- und Sudeten-Deutsche umfaßt hätte, wären die Kräfte ausgewogen gewesen und weder hätten die Magyaren die Umklammerung durch Tschechen, Rumänen und Serben, noch die Tschechen die durch die Deutschen, noch diese den Offenstolz der slawischen und romanischen Nachbarn fürchten müssen. Da man Oesterreich verneint, zerstört und die unbedingte Eigenstaatlichkeit mit der Eingliederung von vierinhalf Millionen nationalen Minderheiten in dem neuen Staat erkaufte, hat, darf man nicht auch noch verlangen, daß auf ewige Zeiten die sechs Millionen Oesterreicher den Schutzhegen Europas abgeben und der Bequemlichkeit tschechischer Chauvinisten wegen auf die Vereinigung mit ihrem Vaterland verzichten!

Ein zweites Beispiel der chauvinistischen Kurzsichtigkeit liefert der agrarische „Bentov“, der sich darüber aufregt, daß der englische sozialistische Minister Henderson für den „Anschluß“ Oesterreichs an Deutschland sei. Eine überflüssige und läppische Aufregung. Henderson war, ehe er Minister wurde, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, die sich ausdrücklich gegen die Friedensverträge und für das Selbstbestimmungsrecht Oesterreichs ausgesprochen hat. „Bantov“, daß es in London überhaupt und auf Henderson in besonderer Irgeud einen Eindruck machen wird, wenn sich tschechische Restgutbarone über ihn echauffieren? Daß ein Sozialist für den Anschluß, nämlich zunächst einmal für das natürliche Recht des österreichischen Volkes ist, darf man doch nicht als die Ausnahme ansehen, das ist, lieber „Bentov“, eben die Regel, weil die Sozialisten sich nicht zuletzt dadurch von den Chauvinisten unterscheiden, daß sie das gleiche Recht für alle Nationen for-

Ausgebeutete!

Die bürgerliche Presse steht im Solde eurer Ausbeuter

In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

bern! Wenn die Herren im „Bentov“ nicht so kurzfristig wären, würden sie aus Hendersons Haltung schließen, daß ihre Politik auf die Dauer unhaltbar ist. Sie würden daran denken, daß einmal auch in Paris ein sozialistischer Außenminister regieren wird und daß dann alle schönen Träume zu Wasser werden. Statt mit dieser Möglichkeit zu rechnen, schmäheln sie Henderson, als ob er sich einen Pfifferling drum scherte, was man auf dem Restgut in der Prager Hubnergasse von ihm denkt!

Wenn die Götter verderben wollen, den Schlagen sie mit Blindheit; die tschechischen Chauvinisten sind vorläufig mit Kurzsichtigkeit geschlagen; wenn sie nicht beizeiten die Brille der Besinnung ansetzen, könnte das Leiden sich aber arg verschlimmern!

Noch immer 2.580.000 Arbeitslose in England.

London, 31. März. (Reuter.) Nach dem amtlichen Ausweis vom 23. März d. J. betrug die Zahl der Arbeitslosen im ganzen 2.580.118 Personen, d. i. um 59.515 Personen weniger als in der vorangegangenen Woche.

Schüsse in den Operationsplan

Ein Heldenstück der Madrider Polizei.

Madrid, 31. März. Der Dekan der medizinischen Fakultät gab dem Unterrichtsminister bekannt, daß er seine Demission überreiche. Er begründet seinen Schritt mit dem unlängst verzeichneten Vorgehen der Polizei, die in das Gebäude der medizinischen Fakultät einbrang und einige Schüsse in das Pathologien-Krankenhaus sowie in den Operationsaal abgab.

Espanische Polizei schießt gegen demonstrierende Fabrikarbeiterinnen.

Madrid, 31. März. In Gijon kam es heute zu stürmischen Demonstrationen von Fabrikarbeiterinnen, welche für die eingekerkerten Manifestanten der letzten Tage Anwesenheit verlangten. Die Frauen begannen Steine gegen die Polizei zu werfen, so daß diese blankziehen mußte. Schließlich gab die Polizei einigemal Schüsse in die Luft ab. Erst hiedurch wurden die Frauen eingeschüchtert und flüchteten. Einige Demonstranten wurden verhaftet. Ein Polizist wurde verletzt.

Gehaltsabbau in Belgien.

Brüssel, 31. März. Das heutige Amtsblatt verkündet ein königliches Dekret, durch das die Gehälter der Staatsangestellten ab morgen, Mittwoch, den 1. April um 6 Prozent herabgesetzt werden. Staatsbediensteten, deren Jahresgehalt 20.000 Francs nicht übersteigt, werden jedoch verschiedene Begünstigungen eingeräumt, so daß ihre Gehälter eigentlich keinerlei wesentliche Reduktion erfahren werden.

Die goldene Galerie

Ein Roman aus der Filmindustrie. Von Fritz Koenig.

Er verschaffte, was Ulfar und Prager und Stiefmüller schlaflose Nächte bereitet hatte, das Tonfilmkonto für die Aufnahmen. Für ein halbes Jahr wurde es Ulfar geliehen. Nun war die Gefahr beseitigt, daß dieser Film, der zu Millionen sprechen wollte, hätte schweigen müssen. Die guten, hellen, blauen Augen des Rufens unter dem wilden Haarhauf waren überdies, seine Stimme war brüderlich, er kannte nicht den Red seiner Kollegen, nicht ihre Schwärze. Er ging mit Ulfar und Stiefmüller in die Fabrik, er konnte mit den Arbeitern sprechen, sie empfingen ihn mit Jubel und erfüllten alle seine Wünsche. Ihren Sonntag opferten sie, ihren Urlaub, um mitzuspielen; nicht aus dem Ehrgeiz, ihr Antlitz im Film zu sehen, ihre Stimme zu hören, sondern aus dem Verlangen, bei diesem Werk mitzuschaffen.

Raum waren Gerüchte über die Beratungen der Techniker, Operateure, Schauspieler und freiwilligen Statisten in die Öffentlichkeit gedrungen, als sie auch schon entstellte wurden, die Blätter Bericht als großaufgemachte Sensationsmeldungen brochten, man plane einen Heißfilm gegen die deutsche Industrie, ein heimtückischer Anschlag Roslans werde versucht, was die Regierung zu tun gedenke? Es folgte eine Interpellation im Reichstag, den Rebellen sollten Filmaufnahmen auf öffentlichen Plätzen und in den Straßen verboten werden, die Industriellenkammer erließ ein Rundschreiben an ihre Mitglieder, kein Hausbesitzer Industrieller dürfe den Auftrüher die Pflichten seines Unternehmens öffnen und so den Angriff auf die bürgerliche Weltordnung unter-

stützen. Roslans Agitatoren seien am Werk, das Gespenst des Bolschewismus stehe vor der Tür, Achtung, Achtung, Achtung!

Einige Schauspieler, ein paar Jagdhofe aus dem technischen Personal fielen unter dem Eindruck dieser Hetze gegen den „Heißfilm“ von Ulfar ab. Aber der Värm, der sich um den Plan des Films öffentlich einsetzte, führte Ulfar auch neue Kampfgelächter zu. Selber kamen von den Gewerkschaften Belgiens und Frankreichs, Filmclubs in England und der Schweiz zeigten ihr Interesse an dem werdenden Werk, aus Japan kamen Gräße: auch dort lebten Menschen, die über diesem Werk wachten und es fördern wollten. Was in Jahrzehnten an jähler Kleinarbeit gegen die Filmindustrie geleistet worden war, sammelte sich nun im Kampf um diesen Film.

Unter den vielen, die zu Ulfar kamen, um ihm ihre Hilfe anzubieten, war auch Elvrid. Sie war ganz in Schwarz gekleidet, stark geschminkt, trug einen großen, auffallenden Hut, benahm sich wie eine Frau, die genau wußte, daß jeder Mensch in dieser Stadt sie kannte und sie das Bild, das Hunderttausende sich von ihr machten, durch ihre Erscheinung nicht betrischen durfte.

„Kann ich dir helfen?“ fragte sie Ulfar.
 „Wie willst du mir helfen? Willst du die Hauptrolle spielen? Es gibt keine Stars.“
 „Berühme mich nicht, Ulfar, ich meine es ehrlich. Ich habe Geld, viel Geld. Ich habe es am Film verdient. Es soll deinem Film dienen.“
 „Wir brauchen es jetzt nicht mehr.“
 „Du bist stolz, Ulfar.“
 Sie stand vor ihm, ihre blauen, schwarz umrandeten Augen waren auf ihn gerichtet, die Hand vorgestreckt, als wollte sie ihn streicheln.
 „Aber ich habe deinen Stolz immer geliebt.“
 Schweigen. Sie zog die Hand zurück, die leise zitterte.

„Wie kannst du mich für etwas verantwortlich machen, Ulfar, an dem ich nicht schuld bin?“
 Ganz langsam sprach er, Wort für Wort wägend:

„Ich hatte mein Leben auf der Vorstellung gegründet, immer mit dir zu sein. Du hast mich verraten. Du bleibst dir nicht treu.“

Sie wich einen Schritt zurück. In ihre Augen kamen Tränen, ihre Stimme war wie mit einem Schleier verhüllt, als sie sprach:
 „Bleibst du dir treu?“

„Ich habe mich wieder hinaufgerissen. Du hast es nicht einmal versucht.“

„Ich war schwächer als du. Du jagtest es immer: wir sind keine Helden, wir kämpfen nicht um Ideale, wir verteidigen uns nur.“
 „Wozu all dies wieder aufhören? Es kann jetzt nichts mehr ändern. Ich habe Konzeptionen gemacht, ich leugne es nicht, vielleicht zu viele Konzeptionen. Aber ich habe mich selbst nicht verraten — meine Liebe zu dir.“

„Liebe — Liebe. Ich habe nie aufgehört, dich zu lieben, Ulfar. Begreift du das nicht? Wenn du das nicht verstehst, Ulfar, dann ist doch dein ganzes Werk Lüge. Wie kannst du eine „Sinfonie des Lebens“ schreiben, des wirklichen, echten Lebens, wenn du mich nicht verstehst — und wenn du nicht vergeßen kannst.“

In meinem Film kommen keine Filmindustriellen vor, mit denen eine Schauspielerin ein Verhältnis haben muß.“

Run lag Elvrids Hand ganz leicht auf seinem Haar, wie die Hand einer Mutter:
 „Du weichst mir aus, du wirst bitter, weil du mich nicht antworten kannst. Du hast recht, Ulfar, du bist kein Held.“

Und nach einem Schweigen, in dem eine große Dunkelheit war und eine große Trauer:

„Was bleibt mir nun? Ein verpfushtes Leben zu Ende leben. Glanz, Geld, Wohlhaben — und da drinnen alles leer, leer, leer. — Du bist nicht ohne Schuld daran, Ulfar. Mögen dir alle, an denen du gefehlt hast, so vergeben, wie ich dir vergebe.“

Da konnte Ulfar aus dem Gefühl des Unrechts nur zu einer schneidenden kalten Abweisung seine Zukunft nehmen:

„Spiel nicht die Märtyrerin mit den Glanzstrahlen, hier ist kein Atelier, wir führen kein Liebesdrama auf.“

Aber die Worte glitten an ihr ab:
 „Du bist böse, der Erfolg macht dich böse. Du wärest weicher, wenn die „Sinfonie des Lebens“ ein unerfüllbarer Traum geblieben wäre. Mein Erfolg war dein Unglück. Nun ist deiner meines. Vielleicht wirst du dich das aus. Ich muß mich damit abfinden.“

Und nach einer Pause:
 „Wenn wir uns wiedersehen — keine Feindschaft?“

Ulfar reichte ihr die Hand:
 „Keine Feindschaft. Und hatte dieselbe Wähe zwischen ihren Steinen. Ich bin ihr im letzten Augenblick entschlüpft. Das ist der ganze Unterschied. Leb' wohl.“

Elvrid zerbiss ihren Handschuh. Ihre Augen hingen an seinem Gesicht, sie wollte auf ihn losstürzen, ihn mit ihren beiden Armen von hier wegreißen, fort, fort, fort — aber sie hörte fern in ihrem Ohr klingen, was er gesagt hätte: Zwecklos, unmöglich, morgen beginnen die Aufnahmen. Und so nahm sie nur seine Hand:
 „Leb' wohl.“

Die Aufnahmen begannen.
 (Fortsetzung folgt.)

Die Krise im Lande Babbitts.

247. Washington, Mitte März. (Sig. Ber.)

Mit unerhörter Macht prallen die Kontraste in dem modernsten aller Industrieländer aufeinander. Neben wirtschaftlichen Auffassungen, die jögern in die Zukunft tasten und — von nationalen Scheitern absehend — Staatskapitalismus und eine radikale Umstellung der gesamten amerikanischen Wirtschaftsapparatur in Erwägung ziehen, stehen soziale Gedankengänge, deren geistiges Rüstzeug aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammt. Wo individualistische Wirtschaftsbegriffe längst zum alten Eisen gehören, harrt das Banner verrotteter amerikanischer Sozialprinzipien, zeigt sich das starre Festhalten an längst begrabenen Pionieridealen, die nie über das Individuum und seine nächste Umgebung hinausgewachsen sind. Der selbstverständliche Einwand, daß Staat und Gesellschaft gegenüber dem notleidenden Einzelwesen doch Verpflichtungen hätten, wird als Schlappheit und Liebäugeln mit radikalen Ideen abgetan.

Nunmer wieder erklären die Führer der amerikanischen Öffentlichkeit, daß sie — und mit ihnen das amerikanische Volk — nichts mit Wohlfahrtsmaßnahmen und sozialen Versicherungssystemen noch europäischem Muster zu tun haben wollen. Unterstützung er hungernden Massen aus öffentlichen Mitteln? — Unsinn, ja noch schlimmer, Verbrechen, Sozialismus, das Ende vom Ende. Standardisiert wie die amerikanische Waise einmal ist, kennt sie nur die eine standardisierte Melodie. Arbeitslosenversicherung und ähnliche soziale Maßnahmen müssen zur Zerstörung der amerikanischen Initiative führen und damit das Beste in der amerikanischen Volksseele vernichten. Das ist ein Ton, der auch in Europa manchen schneidigen Widerhall finden wird.

Sich hierzulande mit derartigen Auffassungen auseinander zu setzen, die die Lasten beharrlich außer Acht lassen, scheint fast aussichtslos. Aber auch hier spricht die harte Wirklichkeit lauter als es die Bundesregierung und die interessierte kapitalistische Öffentlichkeit wahr haben wollen. Die Zahl der amerikanischen Arbeitslosen beträgt nach überaus vorsichtigen Regierungsschätzungen etwa acht Millionen. Wenn bedacht wird, daß Millionen Arbeiter nur noch Lohndarbeit leisten und über entsprechend geringere Einkommen verfügen, wenn berücksichtigt wird, daß die Maschinenwelt unaufhaltsame Fortschritte macht und Lohnsenkungen überdies zur Tagesordnung gehören, wenn zugerechnet gar die allgemeine Sorge vor dem Morgen in Betracht gezogen wird, dann erscheint die Frage nach den Erfordernissen der Bundesregierung einer harten Antwort wert.

Sogar denen, die in der Steigerung der amerikanischen Krise keinen Grund zum Alarm zu sehen glauben, ist inzwischen klar geworden, daß selbst von einem bescheidenen Bundesamtlichen Eingreifen keine Rede sein kann. So das arme Europa jährlich Tausende von Millionen für soziale Zwecke ausgibt, hätte man eigentlich in aller Bescheidenheit eine ähnliche Geste des reichen amerikanischen Onkels erwartet. Was geschieht in Wirklichkeit? — Ueber die färgliche amerikanische Kräftegesetzgebung, die in der Hauptsache im Ausschließen neuer, sehr imaginärer Arbeitsmöglichkeiten besteht und keine mittelbare praktische Bedeutung besitzt, ist in der Presse hüben und drüben genug berichtet worden. Was ist aber praktisch geleistet worden? — Der Bundeskongress hat sich, um nur ein Beispiel herauszugreifen, wochenlang um den lächerlichen Betrag von 25 Millionen Dollar herumgeirrt, den der Bundesstaat zur Unterstützung der notleidenden Farmer in den Dürregebieten bewilligt hatte. Präsident Hoover, ein unbedeutender Anhänger der gottgewollten Gesellschaftsordnung und Verteidiger jener aussterbenden Theorie des amerikanischen Individualismus, widersteht sich dieser „schamlosen Inanspruchnahme des amerikanischen Schatzkammers“ aufs heftigste und es bedurfte erst härtester parlamentarischer Druckmittel, bis sich Regierung und Bundeskongress in einem mageren Kompromisse zusammensanden.

Mit Recht wird die Frage laut, was eigentlich hinter dieser Haltung steckt. Natürlich ist es nicht der Mangel an Geldmitteln, natürlich ist es nicht die Furcht vor einem Budgetdefizit. Bis dahin ist noch ein weiter Schritt und niemand weiß besser als die Bundesregierung, daß von wirklichen Freiheitsbeiträgen keine Rede sein kann. Was in Wirklichkeit dahinter steckt, ist reaktionäre, himelvertraunte Politik, die nicht die Vergabe von Regierungsgeldern zur Abheilung sozialer Uebelstände erlauben will. Die amerikanischen Machthaber fürchten, daß die Bewilligung von Geldern — und seien sie noch so gering — für soziale Zwecke und zur Ernährung hungernder Menschen als Präzedenzfall zu werten ist und der Anlaß zu größeren Forderungen sein mag. Sie schlagen dies, noch den Worten des Bundesleiters voran, „unmenschliche“ Politik ein, weil sie die amerikanischen Massen nur zu gut kennen und wissen, daß von ihnen kein Protest oder gar eine Massenbewegung zu fürchten ist. An Massen gewöhnt, die auf jedes politische Schlagwort der herrschenden Klassen hereinfallen, haben sie sich eine Berachtung eben derselben Volksmassen angewöhnt, die nur noch von ihrem eigenen Nachhunger übertrossen wird.

Noch ist der amerikanische Farmer, um den der Kampf ging, nicht leichten Endes das Bollwerk der kapitalistischen Ord-

nung? Gemach. Wie krompschaft die amerikanische Nation auch die Augen vor den Tatsachen verschließen mag, sie wird mit der gewiß unüberdächtigen New York Times zugeden müssen, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung bei acht Millionen Erwerbslosen und vielleicht der doppelten Zahl Kurzarbeitern auf der Anklagebank liegt. Jede Krise zieht neue Bevölkerungsgruppen in ihren Bann und macht das System untragbarer.

Angeichts der gegenwärtigen Weltkrise tut es not, auf die amerikanische Wirtschaftskrise kurz nach dem Kriege zurückzugreifen und Vergleiche zwischen den beiden zu ziehen. Noch sprach man von der großen Nachkriegsprosperität, aber schon machte sich große Unruhe in den amerikanischen Industrien bemerkbar. Die Arbeitskonflikte verärgerten sich zusehends, Hunderttausende legten die Arbeit nieder. Der Ruf nach einer Labor Party, einer Partei, die zwar nicht auf sozialistischem Boden stehen, aber die Wünsche und Interessen der arbeitenden Klasse repräsentieren sollte, war allgemein. Sogar die American Federation of Labor sprach sich für den sogenannten Plumb-Plan aus, der die Übernahme der riesigen Privat-Eisenbahngesellschaften durch den Staat forderte. Fast schien es, als wenn Amerikas Arbeiterdemonstrationen marschieren. Endlich kam es zum Höhepunkte der Bewegung, zum Streik der Eisen- und Stahlarbeiter, der nach heroischer Dauer an den rechtzeitig getroffenen Gegenmaßnahmen der Unternehmer zerbrach.

Wie reagierten damals die großen Lichter des amerikanischen Kapitalismus auf die Sturmzeichen? — In einem bedeutsamen Artikel erklärte die „New York Times“, daß selbst wenn die Millionen organisierter Arbeiter sich für die Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Bergwerke und der Schwerindustrien aussprechen und bei den Wahlen in diesem Sinne stimmen, die

Gefahr eines unmittelbaren Umsturzes nicht bestünde. 20 Millionen Farmer und Kleinbauern würden immer noch verbleiben, welche mit Heugabeln und Schaufeln bewaffnet gegen die „sozialistischen“ Städte zur Verteidigung der ihnen heiligen Gesellschaftsordnung ziehen würden.

War dies in 1919 wirklich der Fall — und wer den amerikanischen Farmer kennt, zweifelt nicht einen Moment daran —, so muß man sich fragen, wie weit dies noch im Jahre 1931 zutrifft. Jahrelanges Elend hat die amerikanischen Bauern so verarmt, so auf das Niveau des industriellen Proletariats niedergedrückt, eine solche Veränderung unter ihnen gezeigt, daß selbst die phantastische Drohung des führenden amerikanischen Presseorgans nicht mehr denkbar erscheint. Die Farmer haben kennen gelernt, was Hunger und Abgerissenheit ist, und sind, um im Bergleibsbilde der „New York Times“ zu bleiben, heute härter als die letzten, das städtische Proletariat auf Heugabeln aufzuspießen und mit Schaufeln zu erschlagen.

Die Handlungsweise der amerikanischen Staatsmänner erscheint im Lichte dieser Entwicklung völlig unverständlich. Zwar haben sich die im Jahre 1919 drohenden Gefahren heute gründlich verflüchtigt, aber das Problem ist im Grunde daselbe geblieben. Eine Maschine, deren Störungen jedesmal mit einer wachsenden Zahl Unschuldiger bezahlt werden, sollte in der Behandlung ihrer Opfer doppelt vorsichtig sein. Das fühlen viele Industrielle, das fühlen zahlreiche Parlamentarier und deshalb sind sie bemüht, wenigstens den krafftesten Mißbräuchen die Spitze abzubrechen. Der Hoover-Regierung und ihrer Gefolgschaft ist es vorbehalten geblieben, sich gegen das Selbstverständliche zu sträuben, neue Mißgriffe auf alte Unzulänglichkeiten und Fehler zu häufen. Bei einer Fortdauer der Krise wird sie die politische See zu Gunsten einer geschickten bürgerlichen Opposition zu bezahlen haben.

„Deutschland erwache“

— streng nach Tarif!

Goebbels regelt die Honorare der Nazibonzen.

Der Rädel- und Vorkämpfer der Salenkreuzer im Kampfe gegen die Sozialdemokraten ist bekanntlich Herr Josef Goebbels, der in einem hochfeudalen Mercedeswagen durch Deutschland rast, um es zum Erwaschen zu bringen. Sein und seiner Jünger Hauptschlagwort ist die sozialdemokratische „Bonzenwirtschaft“, jedem sozialistischen Vertrauensmann wird sein Einkommen und sein Aufwand nachgerechnet und wer halbwegs mehr als das Existenzminimum verdient, ist ein „Bonze“, der sich mädel und von den Arbeitergebern „proßt“. Nun ist es bei allen sozialdemokratischen Parteien immer Brauch gewesen, daß die Abgeordneten und öffentlichen Funktionäre nicht nur einen entsprechenden Prozentsatz ihres aus Diäten und öffentlichen Geldern stammenden Einkommens der Partei zur Verfügung stellen, sondern daß sie selbstverständlich die Bereinigung ihrer Wahlkreise ohne weitere Entschädigung besorgen, Versammlungen abhalten und auch außerhalb ihrer Wahlkreise höchstens die etwa wachsenden Rednerkosten einzufassen. Wie anders bei den Nazis! Derselbe Goebbels, der die sozialdemokratischen „Bonzen“ in jeder Versammlung als Hauptschlagwort auffahren läßt, hat jetzt ein Rundschreiben herausgegeben, das folgende Richtlinien für die Diätenvergütung enthält. Es handelt sich wie man sieht um Höchsttarife, ein Zeichen, daß sie bisher noch überschritten wurden und daß die nunmehrigen Tarife schon eine Einschränkung bedeuten. Sie sind folgendermaßen geregelt:

1. Reichstagsabgeordnete.

- a) Bei Versammlungen außerhalb ihres Wahlkreises: Höchstens 20 Mark pro Versammlung, Ertrag für evtl. Schlafwagenbenutzung, Ertrag von 25 Mark bei Ausfall von Diäten. Quartier- und Verpflegungskosten sind vom Redner selbst zu tragen. Bei einer größeren Versammlungszahl in einem Gaugebiet ist eine entsprechende Ermäßigung der Rednergebühren am Platze.
- b) Bei Versammlungen innerhalb ihres Wahlkreises: Höchstens 25 bis 30 Mark pro Versammlung, sonst wie vor.

2. Landtagsabgeordnete:

- a) Bei Versammlungen außerhalb ihres Landtagswahlgebietes: Höchstens 30 Mark pro Versammlung, Ertrag der Fahrtkosten 2. Klasse, Schnellzug von der Grenzstation bis zum Versammlungsort und zurück, Ertrag der Kosten für ausfallende Diäten (bei grenzüberschreitenden Landtagsabgeordneten 15 Mark), bei den übrigen Abgeordneten die betr. Höhe. Quartier- und Verpflegungskosten sind vom Redner selbst zu tragen.

3. Reichsredner (Richtabgeordnete):

- a) Bei Versammlungen außerhalb ihres zuständigen Gaugebietes: Höchstens bei Übernahme von einer Versammlung 30 Mark. Zwei Versammlungen und mehr 25 Mark pro Vortrag.
- b) Bei Versammlungen innerhalb ihres zuständigen Gaugebietes: Hierfür gilt die mit den Gauleitungen getroffene Speiseregulierung. Die Quartier- und Verpflegungskosten sind vom Redner selbst zu tragen. Die Fahrtkosten sind von den betreffenden Ortsgruppen zu übernehmen.

Bei Übernahme einer größeren Versammlungszahl sind die An- und Rückfahrtskosten auf die einzelnen Ortsgruppen in dem betreffenden Gaubereich entsprechend zu verteilen.

Zu obigen Rednervergütungen sind Zuschläge statthaft:

- a) Reichsredner, die zugleich Gauleiter sind. Diese haben die Berechtigung, für die durch Versammlungsübernahme (soweit nicht ein gegenseitiger Redneraustausch in Frage kommt) ihrem Gau ausfallende Arbeitskraft: einen Zuschlag auf die unter 1 bis 3 aufgeführten Rednervergütungen nach näherer Vereinbarung zu erheben.
- b) Reichsredner, die durch die Tätigkeit für die NSDAP. von dem heutigen System zu hohen Geldstrafen verurteilt wurden und nur durch Übernahme von Versammlungen in der Lage sind, diese Kosten abzudecken. Die Geldstrafen sind der Reichspropagandaabteilung aufzugeben, es werden dann die Zuschläge für die einzelnen Versammlungen nur im ausdrücklichen Einvernehmen mit der NSD. nominert.

Begleitpersonen:

Reichsredner, die unbedingt glauben in Begleitung einer Sekretärin reisen zu müssen, haben keine Berechtigung, von den Ortsgruppen Ertrag für Reise- und Verpflegungskosten für die Begleitperson zu fordern. Die Begründung, daß jede Rede stenographisch aufgenommen werden muß, ist nicht stichhaltig. Evtl. sind die betr. Ortsgruppen anzudeuten, daß eine Anzahl ehrenhaft bekannter, möglichst älterer Männer auf dem Rednerpodium Platz zu nehmen haben, die bereit sind, den Inhalt der Rede nötigenfalls zu bezeugen. Auch ist ein entsprechender Hinweis an die anwesenden Zeugen bei Beginn der Rede am Platze. Die Berechtigung hat auf Versammlungen mit Bg. General Lehmann keine Anwendung, da Bg. General Lehmann infolge seines hohen Alters nicht in der Lage ist, allein zu reisen. München, den 10. Januar 1931.

(Z.) gen.: Dr. Goebbels, Reichsprop.-Leiter.

Die Herren Volksbefreier lassen sich also in ihren eigenen Wahlkreisen 160 bis 200 K. dazu eventuell Schlafwagen und 200 K. Diätenentgelt, demnach bis zu 600 K. und mehr für ihre Versammlungen, im fremden Wahlkreis noch um ein paar Mark mehr zahlen. Daß der Tarif die Landtagsabgeordneten niedriger einschätzt und die gewöhnlichen Reichsredner (Richtabgeordnete), die Wald- und Wickenmagis sogaragen bedeutend niedrigere honoriert, entspricht natürlich dem streng „ständischen“ Denken der Nationalsozialisten, die schon wissen, daß zwischen Volksgenossen und Volksgenossen ein Unterschied ist und daß dem einen der Schlafwagen so recht, wie dem andern die dritte Klasse billig ist. Das Beste an dem Tarif ist aber wohl die Bestimmung über die Sekretärinnen. Demnach sind die Herren bisher mit ihren „Sekretärinnen“ gereift, was ja verständlich ist, denn da Deutschland erwachen soll, muß zunächst einmal für ein angenehmes Schlafen gesorgt werden. Daß sie aber die Kosten für diese „Sekretärinnen“ an-

Elternauswahlmittglieder und Erzieher!

In Euere Hände gehört die

„Neue Erziehung.“

Bezugspreis jährlich 12 Kc.

Bestellungen an die

Geschäftsstelle der

„Neuen Erziehung“

Auffg. Dr. Billrothstraße 20.

schleppend auch noch dem zu erweckenden Volke vorzutragen haben, geht denn doch über die Vorstellungskraft des schlüchternen 24-Mannes hinaus. Bekannt ist, daß der Naziführer Pastor Müschmeier, der vom Gericht wegen eines Zittlichkeitsdeliktes verfolgt wird, stets mit zwei „Sekretärinnen“ zu reisen pflegte, da eine mit dem „Stenographieren“ nicht fertig wird. Nun wird er also auch die „möglichst ältere“ und als „ehrenhaft bekannte“ (Munich) in einer Naziversammlung! Männer neben sich placieren und das Stenographieren der Sekretärinnen selbst bezahlen müssen. Ob ihm da nicht der Geschmack an der ganzen Schöpfung verloren ist?

Die Richtlinien der Nazi machen jedenfalls den Eindruck als wären sie aus dem Statut des Unterweltclubs „Immerit“ abgeschrieben, mit dessen Programm und Tätigkeit die völkische „Freiheitsbewegung“ ja auch sonst manche Berührungspunkte hat!

Planlosigkeit in unserer Wirtschaftspolitik.

Zwei bemerkenswerte tschechische Stimmen.

Das „Právo Lidu“ veröffentlicht gestern an leitender Stelle einen Artikel des tschechoslowakischen Gesandten Fierlinger über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion, in welchem der Genannte zwar eine Reihe politischer Bedenken gegen das Zollbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich vorbringt, aber auch darlegt, daß dies ein Anlaß zu einer Neuorientierung der tschechoslowakischen Handelspolitik werden muß. Fierlinger schreibt:

„Gegenüber unserem eigenen Gewissen aber müssen wir bekennen, daß die Tschechoslowakei überhaupt nicht den richtigen Weg beschritten hat und daß sie im Konflikt der Staaten, welche eine allzu eitrige merkantilistische Politik betreiben, sich bestrebt hat, nicht an letzter Stelle zu sein. Wir haben uns an dem Weislauf zum Schnitzelj mit aller Begeisterung beteiligt, deren unser junger Kampfesmut fähig war. Wir haben die engere Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten unter dem Vorwand abgelehnt, daß es höchst gefährlich sei, den Weislauf der ehemaligen Monarchie wieder zum Leben zu bringen. Dadurch, daß wir eine solche Zusammenarbeit abgelehnt haben, haben wir indirekt für den Gedanken des wirtschaftlichen Mitteleuropas gearbeitet, denn die hohen Zollmauern mußten sich schließlich als unhaltbar erweisen. Allerdings ein solches Gebilde, welches bloß einseitigen Interessen dienen sollte, könnte nicht zum Aufbau eines neuen, besseren Europa beitragen. Vielleicht wird aus demgegen die Erfahrung aus den letzten Begebenheiten überzeugen, daß eine engherzige Handelspolitik mit allen ihren Folgen, welche sich früher oder später einstellen, nicht die Grundlage eines dauernden Friedens in Europa bilden und schließlich endlich unsere eigene Selbstständigkeit bedrohen muß.“

In ähnlicher Weise äußert sich das „Károlyi Csobodozoni“:

„Zeit dem Umsturz bis zum heutigen Tage hat es eine Reihe von Möglichkeiten, Konzeptionen (Präferenzpläne mit den Nachbarstaaten, Zollunion mit Polen, wirtschaftliche Kleine Endet u. a.) gegeben, zu denen unsere Wirtschaftspolitik weder einen gemeinschaftlichen Standpunkt eingenommen, noch sich geäußert hat, ob der Wille vorhanden ist, die notwendigen wirtschaftlichen Opfer zu bringen, ohne die die Verwirklichung einer solchen Aktion überhaupt nicht möglich ist. In gleicher Weise unüberprüfbar unsere wirtschaftliche Öffentlichkeit heute, da gleichzeitig mehrere internationale handelspolitische Pläne am Horizont aufstehen, insbesondere Paneuropä (in Form des Präferenzsystems, der europäischen Zollunion oder der Vereinigten Staaten von Europa), Regionalverträge der Staaten von verschiedenem territorialen Umfang (wirtschaftliche Kleine Entente, Zusammenhalt der Süd- und osteuropäischen Agrarstaaten, Mitteleuropa, Balkanunion u. a.), und auch verschiedenen jählichen Präferenzsystemen, Einfuhrkontingente, Zollunion u. s. w.) und schließlich auch die deutsch-österreichische Zollunion. Bei der großen Auswahl von Plänen, welche aus fremder Initiative angeboten werden, wissen unsere Wirtschaftskreise nicht, was sie eigentlich wollen sollen, und in welcher der angegebenen Richtungen und Pläne sich unsere Außenpolitik engagieren sollte.“

Es ist erfreulich, daß in tschechischen sozialistischen Blättern die Auffassung, daß unsere Handelspolitik zerrissenbedürftig ist, Fortschrittliche macht.

Tagesneuigkeiten. Die Tafel des Bürgers in der Krise.

Den Lesern bürgerlicher Zeitungen ist bekannt, daß die Unternnehmer unter der Krise viel schwerer leiden als die Arbeiter, daß sie zu den Sorgen um eigene tägliche Brot ja noch die drückende, von Menschlichkeit und christlicher Nächstenliebe distanzierte Sorge um den „Arbeitnehmer“ und die schwere Verantwortung für den Betrieb zu tragen haben. Außerdem werden sie von den „sozialen Lasten“ bedrückt. Aber nicht genug damit, müssen sie sich die Köpfe darüber zerbrechen, was ihre Frauen und Töchter heute für Leiden tragen, welches der modernste Stoff und der modernste Schnitt ist, ob man daheim soupiert oder ausgeht, welche Bälle zu besuchen und wie mit dem größten Chid und der elegantesten Getra der allgemeinen Not der Zeit Rechnung getragen ist. Raum ist die sorgenvolle Festungszeit mit ihren Aufregungen zu Ende, kommt das Osterfest und mit ihm tauchen neue Probleme auf. Die „Bohemia“, der vor Jahren schon, aber unergessen, der ausgezeichnete Witze geblüht ist, daß die Bergarbeiter, die Sorgen des bürgerlichen Hauses und, da die Zeit der Vollberichter und der täglichen Listen von Vortänzerpaaren (oder wie die Abergheit sonst heißt), die interessante Aufzählung so interessanter Paare, wie:

- Hrl. Eddy Kohn — Herr Pepi Kaiser.
 - Hrl. Schrudi v. Jelenburg — Herr Sozial Reichshoner um, um.
- vorüber ist, holt sie mit sicherem Griff sofort das nächste aktuelle Krisenproblem der Bürgerwelt heran:

Tischfreunden zu Ostern.

Was soll man den Gästen bieten?

Nachdem der Autor, Eugène Hellmer (oder ist das eine Autorin?) erklärt hat, wie man zu Ostern die Wohnung verschönert, kommt er zum eigentlichen Thema:

Ein Kapitel für sich sind die östlichen Tafelfreunden. Gründonnerstag! Ein Frühlingsbild. Die Dominante ist grün, leicht durch weiche und rote Radleschen, weiße Rosen von Blumentohl und den letzten Ausläufer des Winters, blutrote Orangen. Regent des Tages ist über der Spinal. Sein saftiges Grün läßt alle anderen Gemüsearten daneben erbleichen. Ferner gibt es zarte grüne Erbsen, frisch und jung, eiche Frühlingskudern eines sonnigen Südens, daneben dünne Morcheln, deren eigentliche Heimat Rußland ist. Sie sind bei uns wenig bekannt, doch köstlich herb und pikant im Geschmack, sie werden in Salzwasser gekocht, mit heißer Butter übergossen oder in leichter Butterölse eingemacht. Man reicht sie als selbständige Gemüseplatte, am besten mit einem Kranz von polierten Eiern umgeben. Schwarzwurzeln sieht man auch, die viele Liebhaber finden, sowie schöne große Selleriefelbe; man dünst sie am besten in Öl oder Butter mit etwas Zitronensaft. Eine wahre Augenweide sind die schlanke mährischen Gurken und fröhlich saftiger weißer Spargel aus den Treibhäusern.

Herzliche Trüffel leuchten wie Edelsteine unter den Früchten. Nicht zu vergessen, des milden Frühlingsbrunnens, der jetzt gerade am besten schmeckt. Vom Karpfen sagt ein Kenner und Liebhaber: Karinfert erweckt er den Appetit, gebadet lichte Befriedigung, in schwarzer Zoge allgemeine Anerkennung, als Ragout ungeleitete Zerstreuung, gebrauten lauten Beifall, in Gelée aufrichtige Bewunderung und blaugefärbten endlich keine tiefe Entzücken, für das die Andernwählern überhaupt keine Worte finden und das man daher kurz und bündig „blanc Karpfen seligkeit“ nennt.

Eine grüne Suppe von jungen Kräutern, wie Zuckerpfeffer, Kerbel, Gundelreben und zarten blauen Feldsalaten eingestreut, schmeckt erfrischend. Karffel und Champignons bringen Wohlgeschmack und Belebung ins Menü. Ein röllig angehauchter Schinken, dessen Zwischeln in feinstes Strahel gehüllt ist, wird mit grüner Krautbutter gebraten. In die Mitte des Schinkens wird ein hübscher Spieß gesteckt mit einem Blumensträußchen. Ringelhering bunte, glänzende, harter Eier in grünes Meerrettich als alte Ostergabe nicht zu vergessen.

Daneben gibt es knusprige Gründonnerstagskeinge, süße Omelette, Kranzbraten, Butterpöckel, fröhliche Eiers aller Sorten. Frühlingsfest und Harmonie, also die gute Stimmung ist es, die auf keiner Ostertafel fehlen darf.

Wie wird auch nicht fehlen, wo Hochad und Nachtag sich mit schmatzendem Gebogen niederlassen und in blauer Karpfeneligkeit schwimmen, um die Kreuzigung und Aufschreibung Christi zu feiern! Denn es geht ihnen Gott sei dank noch gut in dieser schweren Zeit, die ihnen so wenig wie die große vor anderthalb Jahrzehnten etwas anhaben konnte. Ins Stammbuch aber und an die Wand, die des Menetekels harri, gehören ihnen die Verse geschrieben, die Karl Kraus vor Jahren „An den Bürger“ gerichtet hat:

Daß im Dunkel, die dort leben,
So du selbst nur Sonne hast;
Daß für dich die Lasten bebend,
Neben ihrer eig'nen Last;
Daß du frei durch ihre Ketten,
Tag erlangst durch ihre Nacht;
Was wird von der Schuld dich retten,
Daß du davon nie gedacht!

14 tote Bergarbeiter.

Chibco, 31. März. Gestern nachmittags ereignete sich in der Grube „Mosquito“ eine starke Kohlendioxidexplosion. Von den 18 Bergarbeitern, die in der Grube arbeiteten, wurden bisher 9 Leichen geborgen. Vier Bergarbeiter sind schwer verletzt. Die Rettungsarbeiten werden fieberhaft fortgesetzt. Es besteht jedoch keine Hoffnung, die übrigen fünf Bergarbeiter zu retten. Zum Zeichen der Trauer haben heute 30.000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Elly Beinhorns Mißgeschick.

Berlin, 30. März. Die Afrikafliegerin Elly Beinhorn teilte heute aus Timbuktu mit, daß ihr Flugzeug nicht mehr zu retten ist. Sie kehrte mit einer Hilfskarawane zu ihrem im Wüstenlande zurückgelassenen Flugzeug zurück, um für den Abtransport zum nächsten Startplatz zu sorgen. Nach vielen Mühen mußte die Fliegerin erkennen, daß jeder Transport durch die Sandmassen der Sahara unmöglich ist. Schwere Bergzüge mußte sie daher jeden Bergungsversuch aufgeben und das Flugzeug unberührt in der Wüste zurücklassen. Elly Beinhorn nahm nur den wertvollen Motor heraus, um ihn in die Heimat zurückzuführen. Sie wird nunmehr über Algier nach Europa zurückkehren. Damit endet der Flug, den die Fliegerin, allen Widerständen zum Trotz, durchführte. Nach fast 8000 Km. Flug und sechswöchiger Expeditionsarbeit hat ein Dehrohrbruch, der an sich in einer knappen Stunde hätte behoben werden können, alle weiteren Pläne der Fliegerin zunichte gemacht.

Berlin, 31. März. Ein namhafter Berliner Verlag hat sich bereit erklärt, der Fliegerin Elly Beinhorn, die ihr Kleinflugzeug in der Wüste Sahara zurücklassen mußte, ein neues Flugzeug zu senden und es ihr zum Rückflug nach Berlin zur Verfügung zu stellen. Der Bour-le-Merite-Flieger Desferkamp wird das neue Kleinflugzeug wahrscheinlich noch in dieser Woche nach Afrika überführen und dort der Fliegerin übergeben.

Die Katastrophe des „A 101“.

Bericht der Untersuchungskommission.

London, 31. März. (Reuter.) Die offizielle Untersuchung über die Katastrophe des britischen leuchtenden Luftschiffes „A 101“, das am 3. Oktober d. J. durch eine Explosion auf französischem Boden vernichtet wurde, wobei 48 Personen ums Leben kamen, hatte folgendes Ergebnis: Die Kommission, die sich aus Sir John Simon und zwei Beratern zusammensetzte, gelangte einmütig zu der Ansicht, daß die Ursache des Unglücks in einem unvorhergesehenen großen Gasverlust zu suchen sei, der durch das äußerlich scheinbar gut verpackte, wobei betont wird, daß es möglich sei, daß hierbei auch die Kiste eine bedeutende Rolle spielten, die durch die Reibung der Ballonets an der Metallkonstruktion des Luftschiffes entstanden waren. Auch die teilweise Öffnung der Sicherheitsventile der Ballonets, die durch die heftigen und ruckartigen Bewegungen des Luftschiffes verursacht wurden, kommen in Betracht. In dem Bericht der Kommission wird ausdrücklich hervorgehoben, daß das Wetter zur Zeit der Katastrophe in der Tat ganz ausnehmend schlecht war. Weiter wird konstatiert, daß der plötzliche Gasverlust, der die Ursache und unmittelbare Ursache der Katastrophe war, gewiß durch ganz außerordentliche Umstände verursacht wurde, wahrscheinlich durch das Plagen eines der vorderen Ballonets. Die Untersuchungskommission lehnt den Gedanken, als ob das Unglück durch eine schwache Konstruktion des Luftschiffes verursacht worden wäre, entschieden ab. Es wurde nämlich die Meinung ausgesprochen, daß die metallene Konstruktion in der Luft entzwei gebrachen sein könnte. Die Untersuchungskommission ist auch der Meinung, daß ein Funken, der an einer Stelle im Inneren des Luftschiffes, wo die elektrische Leitung zerrissen worden war, entstanden ist, die wahrscheinlich Ursache des Brandausbruchs sein dürfte.

Damit der Bericht über die Ansicht der Kommission vollständig sei, kann man nicht die Tatsache mit Schweigen übergehen, daß das Luftschiff „A 101“ seinen Fernflug nach Indien nicht angetreten hätte, wenn es nicht notwendig gewesen wäre, ganz besondere Rücksicht auf gewisse Umstände öffentlichen Charakters zu nehmen, die den Start des Luftschiffes an jenem Unglückstage sehr wünschenswert erscheinen ließen.

73.000 Kronen gestohlen.

Einbruch in das Prachatitzer Postamt.

Judweis, 31. März. Heute nachts brachen unbekannte Täter in das Postgebäude von Prachatitz ein. Sie arbeiteten mehrere Stunden, aber erst gegen früh gelang es ihnen, die feuerfeste Kasse zu erbrechen, wobei ihnen 73.618 Kr. in Papier- und Metallgeld in die Hände fielen.

Die Auslage eines Juweliers am hellen Mittag ausgeräumt.

Rähr.-Ostrow, 31. März. Heute mittags drang ein unbekannter Täter in das Uhren- und Juwelengeschäft des Jaromir Kahl in Witkowo ein und entwendete aus dem Auslagefenster 176 vierzehnarartige Ringe, 36 Ringe aus Reingold, 11 goldene Ringe mit Brillanten, 12 Herrenuhren, 17 goldene Armbänder, 14 goldene Armbandsuhren, 15 Paare goldene Ohrgehänge und 6 goldene Anhänger. Aus dem Tresor der

nicht verpackten Kasse stahl er eine Tasche mit 300 Kr., 25 Gramm Bruchgold, einige Ringe und ein österreichisches Zwanzig-Kronen-Goldstück. Der Diebstahlbetrag beträgt über 50.000 Kr. — Zwischen 12.30 und 14.15 drang ein unbekannter Täter in die Verkaufsstelle der Zentralausstellungensoffenschaft in Rühr.-Ostrow ein und entwendete 3800 Kr.

Roth Hermann Müllers Tod. In der Nummer, in der die „Rote Fahne“ den Tod Hermann Müllers meldet und ihn über das Grab hinaus als Sozialisten und Konzeptionssozialisten beschimpft, findet man im Leitartikel die gemüthliche Wendung:

„Selbst Hermann Müller würde sich von seinem Sterbelager schlappen, wenn er noch die überlebenden Kräfte dazu hätte, um genau so wie die Nazis für die imperialistische Aufrüstung Groeners die Hand zu erheben.“

Was ist eigentlich aus der deutschen Arbeiterklasse geworden? Vor dem Krieg hätte ihr niemand derartige Gemeinheiten und Roheiten bieten dürfen.

Ein Prager Kritiker attackiert. Der Operettenreferent der „Bohemia“, Redakteur Ströbel wurde gestern abends von der Operettenlängerin des Prager Deutschen Theaters Sonja Schenker, die sich durch eine Kritik Ströbels verletzt fühlte, im Stiegenhaus der Redaktion tätlich angegriffen. Der Vorfall dürfte ein gerichtliches Nachspiel haben.

Eisenbahnunglück in Weisfalen. Im Bahnhof Nuna (Weisfalen) fuhr Dienstag nachmittags gegen dreiviertel drei Uhr eine Rangierlokomotive einem einfahrenden Personenzug in die Planke. Dabei fielen die beiden letzten besetzten Personenzugwagen dritter Klasse und ein Güterwagen um. Es wurden fünfzehn Reisende verletzt, davon fünf schwer. Getötet wurde niemand. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Ein schweres Auto-Unglück ereignete sich, wie aus Jura bruch gemeldet wird, auf der Reichsstraße in Buggau bei der Brücke, die über den Schnalser Bach führt. 16 Teilnehmer eines militärischen Ausbildungslagers fuhren auf einem Lastkraftwagen von einer Schiebung zurück. An der genannten Brücke versagte die Steuerung. Durch den Anprall an einen Pfeiler wurden die Insassen bis auf drei in hohem Bogen herausgeschleudert. Sie wurden sämtlich erheblich verletzt. Drei Verletzte mußten in schwer verletztem Zustand ins Wiener Krankenhaus gebracht werden, wo zwei von ihnen ihren Verletzungen inzwihsen erliegen sind. Der dritte Schwerverletzte liegt mit dem Tode.

Gymnasialisten als Mörder. In dem polnischen Städtchen Belchatow bei Petrikau überfielen am Abend nach der Verteilung der Osterzetteln mehrere maskierte Schüler ihren Gymnasialprofessor, schlugen ihn zu Boden und verletzten ihn tödlich. Zwei der Täter wurden bereits verhaftet. Es handelt sich um einen Raubmord.

Das Unglück der Stadt Calcutta. Es werden Befürchtungen gehegt, daß in der Stadt Calcutta ansteckende Krankheiten auftreten könnten, da nach dem vor einer Woche dort erfolgten Blutvergießen viele Leichen noch nicht beerdigt werden konnten und nun unter freiem Himmel der Verwesung anheimfallen. Auch die in den Zentralgefängnissen aufgeschapelten Fleischvorräte befinden sich bereits in Verwesung.

Fluglinie Rom-Berlin. Am 1. April l. J. wird die neue Fluglinie Rom-Berlin eröffnet. Am ersten Flug von Berlin wird der deutsche Verkehrsminister von Guericke mit einigen Berliner Journalisten teilnehmen. Der Flug wird insgesamt zehn Stunden dauern, davon sechs von Rom bis München, vier von München bis Berlin. Die Flüge werden abwechselnd von der Deutschen Luft Hansa und der italienischen Luftfahrt-Gesellschaft durchgeführt.

Eine Bomben-Riste. Navas berichtet aus Madrid: Die Polizei entdeckte in einer Wohnung eine mit Bomben und Explosivstoffen angefüllte Riste, deren Explosion bei der Berührung mit dem elektrischen Strom erfolgen sollte. Vorderrhand wurde bloß eine Person verhaftet. Die Polizei bewahrt über den ganzen Vorfall absolute Stillschweigen.

Nordverurteilung eines Soldaten. Montag abends wurde in der Kaserne des 36. Infanterieregimentes in Ungvar der Soldat Johann Kocin verhaftet. Kocin hat als er Sonntag auf Urlaub weilte, die Gastwirtin Rosa Homig und ihre Tochter überfallen und wollte beide ermorden. Beide Frauen erlitten sehr schwere Verletzungen. Die Heberfallenen schlugen großen Lärm, so daß der Angreifer davonlief. Kocin hat sich zur Tat bekannt.

Die Böhmische Sparkasse — den Neugeborenen 1931. Die Böhmische Sparkasse in Prag (gegenüber dem Nationaltheater) widmet auch den im Jahre 1931 im Gebiete Groß-Prags und des politischen Bezirkes Prag-Land sowie in den Gerichtsbezirken der Filialen der Böhmischen Sparkasse geborenen Kindern, deren Mütter daselbst ihren ordentlichen Wohnsitz hatten, je eine Einlage von 25 Kr. Anmeldefrist vom 1. April 1931 bis 31. März 1932. Näheres die in den Geschäftsstellen der Anstalt eingehängten Rundschreibungen.)

Italienische Banknoten-Fälscher. Aus Velletri wird berichtet, daß Carabinieri nach längerem Verstand eine jugendliche Bande von Fälschern italienischer Banknoten verhaften konnten. Es wurde

Bom Rundfunk.

Donnerstag.

Prag: 11.15 Schallplatten, 11.45 Schallplatten, 12.30 Mittagskonzert (Hebert, aus Rühr.-Ostrow), 16.00 Schallplatten, 18.15 Deutsche Sendung: Dr. A. Roubicek: Der Bauernroman — Prof. Dr. H. H. H. Die Weimarer im Bausgarten, 18.30 Deutsche Einführung in das musikalische Programm der kommenden Woche, Dr. R. Pfeifferhörl. — Brünn: 11.15 Schallplatten, 18.15 Deutsche Sendung (Hebert, aus Prag), 22.30 Orgelkonzert (Hebert, aus Prag). — Rühr.-Ostrow: 11.00 Schallplatten, 12.30 Mittagskonzert, 15.00 Letzte Schallplatten, 17.45 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: D. Hölter: Im Gassenwunderland, 19.00 Klavier, 20.10 Komp. für Tromm. Harmonika. — Preßburg: 11.30 Schallplatten, 13.30 Schallplatten, 16.30 Schallplatten, 17.45 Orgelkonzert, 18.40 Gelangskonzert, 19.00 R.-Schallplatten, 19.45 Orgelkonzert. — Berlin: 19.15 Blasorchesterkonzert, 22.15 „Parsifal“, Bühnenweibeküßel von R. Wagner, 3 Akte. — Dresden: 21.00 Sinfoniekonzert. — Danzig: 21.10 Das Volkstheater. — Köln: 20.00—20.30 Clavier: Ruff. — Königsberg: 20.30 Besondere Veder von R. Wagner. — Leipzig: 21.10 Die Frau als Rezipientin. — Wien: 20.30 Requiem von G. Verdi (Schallplatten). — Moskau: 20.00 Konzert.

Warnung. Bei einer Ortsgruppe des „Frieden-Radiobundes“ erschien in den letzten Tagen ein Reisender, der ein teures Radiowerk zum Kaufe anbot. Er erklärte schließlich, daß er das Buch, dessen Preis 207 K beträgt, auf einen Monat zur Ansicht schicken werde, was ihm gestattet wurde. Als es nach einigen Tagen ankam, war es „auf Grund ihrer Bestellung“ fakturiert und mit dem Bemerkung „Zahlung sofort nach Erhalt“ versehen. Wir warnen alle Ortsgruppen und machen darauf aufmerksam, in ähnlichen Fällen die Faktura genau durchzuschauen und das Buch sofort zurückzugeben.

eine große Anzahl falscher 100-Stück-Banknoten beschlagnahmt.

Neue Beleuchtung der Adelsberger Grotten. Im Felstein zahlreicher Besucher wurde dieser Tage die neue Beleuchtung der Adelsberger Grotten der Öffentlichkeit übergeben. Das neue Elektrifizierungswerk liefert den Strom auf der rund 60 Kilometer langen Leitung durch die Grotten, wobei 147 Tunnels von insgesamt 32 Kilometer Länge für die Lichtleitungen geschlagen werden mußten. Neben der elektrischen Leitung wurde auch eine Telefonleitung durch die Grotten gelegt, die hauptsächlich dem internen Verkehr dienen soll.

Oceanreise wider Willen. Dieser Tage trafen in St. Johns auf Neufundland auf einem aus Liverpool ankommenden Schiff zwei junge Damen ein, die auf diese Weise von einem Tangententour zurückgekehrt, zu dem sie am 6. Dezember vorigen Jahres ihre elterliche Wohnung verlassen hatten. In diesem Tage hatten die beiden jungen Damen ein Tangententour besucht und in einer Stimmung verfallen, die sie zur behutsamen Besichtigung eines im Hafen liegenden, voll erleuchteten Ozeandampfers verführte. Aber als es sich die beiden Jungfrauen anschauten, machte das Schiff klar und fuhr in See. Am zweiten Tag wurden die Reisenden wider Willen, die in ihren Abendkleidern nicht wenig frohen, aus der Mannschaft entsetzt. Man hielt sie für Blödsinnige, glaubte ihnen nicht ihre Erklärung und ließ sie in der Schiffküche entsprechend (sonst unüblich) als das Schiff an seinem Bestimmungsort aufstehen, übernahm die Polizei die weitere Aufsicht und beauftragte schließlich den Heimtransport, der nunmehr, nachdem das Abenteuer keine Aufführung gefunden hatte, unter etwas freundlicheren Umständen vollzogen ging.

Schwer bestrafte Grottelit. Eine junge französische Schneiderin war der Meinung, daß sie zu dick Boden hätte, und sie wandte sich deshalb an einen im Krankenhaus angeschlossenen Chirurgen, den Dr. Desjardier, um die schöne Linie ihrer Beine herzustellen zu lassen. Eine Operation, die der Arzt vornahm, ging jedoch so unglücklich aus, daß das eine Bein amputiert werden mußte. Die Schneiderin verheiratete sich trotzdem mit ihrem Bräutigam, verlegte aber den Arzt auf einen Schadenersatz von 200.000 Franken. In diesen Tagen hat zum die zweite Instanz ihr diese Summe zugesprochen. In den Begründungen der Gerichtsurteile heißt es, daß Verheiratungszwecken keinen genügenden Grund zur Vornahme einer Operation ergaben, und daß der Chirurg die Patientin vorher über die Gefahr der Operation hätte aufklären müssen.

Eine totale Mondfinsternis im April. Im Monat April ereignen sich zwei Finsternisse: eine Sonnen- und eine Mondfinsternis. Die Mitte April erfolgende Sonnenfinsternis ist nur partiell und in unseren Gegenden nicht sichtbar. Weit interessanter ist dagegen die in unseren Breiten stattfindende totale Mondfinsternis, die hell klarem Himmel sehr gut zu beobachten sein wird. Die Finsternis ist am Vollmondstag, dem 2. April. Der Mond befindet sich zu Beginn der Verfinsternung nahe dem Aufgangshorizont. Um 19 Uhr 23 Minuten beginnt der Kernschatten der Erde den unteren Rand der Mondscheibe zu verdecken. Von 20 Uhr 22 Minuten bis 21 Uhr 32 Minuten, also anderthalb Stunden lang, befindet sich der Mond vollständig im Kernschatten. Er wird dann eine eigentümlich dunkelkupferrote Farbe annehmen, die durch die von der Verfinsternung hervorgerufene Lichtveränderung entsteht. Danach löst sich der obere Rand der Verfinsternung auf. Um 22 Uhr 51 Minuten hat unter Troban den Kernschatten und um 23 Uhr 48 Minuten auch den Halbschatten der Erde wieder verlassen.

DER VERWALTUNGSRAT, AUFSICHTSRAT UND DIE DIREKTION der Anglo-Cechoslovakischen und Prager Creditbank geben hiemit Nachricht, daß am 29. März 1931 Herr

KUNO SONNTAG

Präsident der Anglo-Cechoslovakischen und Prager Creditbank, Finanzminister a. D.

dahingeschieden ist. Der Verstorbene war Präsident unserer Anstalt seit ihrer Gründung und hat den größten Anteil und Verdienst an deren Organisation und Entfaltung. Seine Funktionen, zu welchen ihn das allgemeine Vertrauen und die Liebe, welche er dank seiner Fachkenntnisse, unermüdlichen Fleißes, edler Gesinnung und seines guten Herzens genoß, berufen haben, übte er bis zu seinem letzten Atemzuge aus. In tiefer Trauer bewundern wir sein Lebenswerk und werden seiner stets mit Liebe und aufrichtiger Dankbarkeit gedenken. Das Begräbnis findet am Mittwoch, den 1. April 1931, um 11 Uhr vormittag von der St. Nicolaus-Kirche in Prag III. aus, über die Karlsbrücke zum Parlamente statt. Das Begräbnis in Mähren findet am Donnerstag, den 2. April d. J., um 2 Uhr nachmittag vom Sokolhaus in Střelitz bei Mähr.-Neustadt aus zum Friedhofe in Einoth statt. Für die Teilnehmer am Begräbnisse in Střelitz hält am 2. April d. J. der von Prag-Wilsonbahnhof um 8.21 Uhr früh sowie der von Olmütz um 17.48 Uhr abgehende Schnellzug in Červenka.

PRAG, am 30. März 1931.

**Der Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und die Direktion
der Anglo-Cechoslovakischen und Prager Creditbank.**

1063

Am 29. März d. J. ist der Vizepräsident unserer Gesellschaft, Herr

KUNO SONNTAG

Minister a. D.

Präsident der Anglo-Cechoslovakischen Bank und Prager Creditbank, etc. etc.

verschieden.

Der Verstorbene hat dem Verwaltungsrate unserer Gesellschaft mehrere Jahre hindurch angehört und sich um ihr Gedeihen Verdienste erworben, die ihm für alle Zeiten unsere Dankbarkeit sichern.

ZETTLITZ bei Karlsbad, 30. März 1931.

Zettlitzer Kaolinwerke A. G.

1064